



EMBASSY OF SWITZERLAND
SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
AMBASSADE DE SUISSE

JEDDAH, 25. Juli 1978

P.O. Box 1016
T. 51387
58359

Ref.: P.B. Nr. 6
381.0-BO/yb

VERTRAULICH

Art					n/a
Datum					
Vize					
EPD					
Ref. p. A. 21.31.					

Saudiarabien - Schlussbericht

Fünf Jahre sind vergangen, seit Saudiarabien ins Rampenlicht des Weltgeschehens trat, drei Jahre, seit es sich in den ehrgeizigsten Entwicklungsplan der Geschichte gestürzt hat. Wo steht es heute?

Es sind enorme Gegensätze, die Saudiarabiens Entwicklung prägen. Einerseits das Land der grössten Erdölreserven, dessen Bereitschaft, diese im nötigen Ausmass abzubauen, in spätestens zehn Jahren für die ganze Welt zu einer Schicksalsfrage werden dürfte. Dazu eine Finanzmacht ersten Ranges, deren Verhalten das Schicksal der Weltwährungen, des Nord-Südkonfliktes und des Nahen Ostens entscheidend mitbestimmt. Schliesslich ein Land nahezu so gross wie Westeuropa. Und wem gehört das alles? Einem Beduinenvölklein von etwa 4 Millionen, das bis vor wenigen Jahren in völliger Abgeschlossenheit im tiefsten Mittelalter lebte, in der puritanischen Tradition des Wahabismus, die heute noch die Geister prägt und weiterhin oberste Staatsmaxime bleiben soll. Einem Volk, dessen Bildungsstand sich mehrheitlich auf Lesekundigkeit und die Kenntnis des Korans beschränkt, im eisernen Griff einer Monarchie, welche die Sturzflut der Entwicklung mit einer Handvoll junger Technokraten in geordneten Bahnen zu halten versucht.

Mit welchem Erfolg?

Das Chaos, das der vor drei Jahren begonnene Fünfjahresplan zunächst mit sich brachte, scheint sich einigermaßen zu beruhigen. Die Verwaltung erhält langsam eine etwas bessere Kontrolle über das Geschehen. Allzu ehrgeizige Projekte wurden zurückgestellt, Engpässe

behoben, das Tempo wurde bescheidener. Der schlimmste Engpass, der Mangel an Menschen, ist allerdings unüberwindbar. Er wird zwar gelindert durch an die 2 Millionen Fremdarbeiter - fast die einzigen, die manuelle oder technisch qualifizierte Arbeit leisten. Doch sind deren Einsatzmöglichkeiten gerade dort, wo der Mangel an qualifiziertem Personal am schreiendsten ist, in Verwaltung und Armee, beschränkt. Sie können zudem keinen modernen Staat, sondern lediglich dessen physische Strukturen schaffen.

Der moderne Staat, den Saudiarabien errichten will, setzt modern gesinnte und gebildete Menschen voraus. Diese sind unter Saudis noch eine verschwindende Minderheit.

Saudiarabien will aber auch um jeden Preis seine Traditionen bewahren. Manche beginnen einzusehen, dass beides zugleich unmöglich ist. Mit vom Beduinenleben und dem Islam geprägten Gewohnheiten lässt sich kein Industriestaat aufbauen. Wird er trotzdem aufgebaut - von Fremdarbeitern - wird die Tradition unweigerlich ausgehöhlt, die Soziale Struktur verändert. Damit wird auch die Machtbasis der Monarchie ins Wanken geraten.

Für die nächsten Jahre dürfte die Monarchie noch nichts zu befürchten haben. Mit 4000 Prinzen hat das Königshaus keine Mühe, die Schlüsselstellungen unter Kontrolle zu behalten, und die ihm ergebene Nationalgarde hält die Armee in Schach. Auch die Fremdarbeiter unterstehen einer wirksamen Polizeikontrolle. Die Gefahr dürfte erst auf längere Frist mit der Heranbildung eines durch Handel und Industrie bereicherten und ausländischen Einflüssen ausgesetzten Mittelstandes kommen.

Vorderhand sind es die aussenpolitischen Entwicklungen, welche die Regierung beunruhigen. Bestimmend ist hier die Diskrepanz zwischen der politischen und finanziellen Macht einerseits, der militärischen Macht andererseits. Das wichtigste Erdölland der Welt, das Land, von dem es in etwa einem Jahrzehnt abhängen wird, ob der Westen und die Sowjetunion ihren steigenden Energiebedarf decken können werden, ist ein militärisches Vakuum. Für die Verteidigung eines Gebietes der Ausdehnung Westeuropas steht eine Armee und eine Nationalgarde

von insgesamt etwa 60'000 Mann zur Verfügung. Einer wesentlichen Erhöhung des Armeebestandes steht nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern auch das interne Sicherheitsbedürfnis der Monarchie entgegen, einer durchgreifenden Modernisierung der tiefe Bildungsstand der Soldaten. Für die 60 F-15 Kampfflugzeuge, die Saudiarabien nun von den USA zugesichert erhalten hat, wird es die Piloten, die sich zur Ausbildung auf solchen Maschinen eignen, noch finden müssen; für deren Unterhalt dürfte es ohnehin permanent auf amerikanisches Personal angewiesen sein.

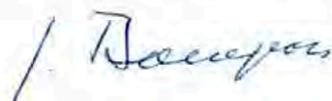
Es ist deshalb verständlich, dass Saudiarabien auf jede Bedrohung seiner Sicherheit, aber auch auf die Bedrohung der Kommunikationen mit dem Westen, besonders empfindlich reagiert. Die Entwicklung im Horn von Afrika, der Ausbau Adens als sowjetischer Stützpunkt, die kommunistische Machtübernahme in Afghanistan, aber auch die scheinbare Ohnmacht der USA werden deshalb in Riyadh mit tiefer Beunruhigung verzeichnet. Die Ermordung des Präsidenten Nordyemens veranlasste einen Bruder des Königs, öffentlich für eine Abkehr von der traditionellen Diskretion saudischer Aussenpolitik und für eine Intervention gegen Aden zu plädieren - ein aufsehenerregendes Novum in diesem Land. Riyadh liess in der Folge auch verlauten, dass es eine kommunistische Machtübernahme in Sana'a nicht tolerieren würde. In der Tat könnte es sich nicht leisten, das volkreichste Land der Halbinsel - mit 6 Millionen Einwohnern verfügt Nordyemen über ein grösseres Menschenpotential als alle übrigen Staaten der Halbinsel zusammen - und sein wichtigstes Fremdarbeiterreservoir in feindliche Hände fallen zu lassen. Dass Aden dem sowjetischen Einfluss trotz intensiver Bemühungen Riyadhs nicht entzogen werden konnte, ist Grund zur Beunruhigung genug, umsomehr als Aden nach der Ausweisung der Sowjets aus Berbera nun auch noch zu einem sowjetischen Flottenstützpunkt ausgebaut wird. Riyadh hat auch Anlass zu befürchten, dass Aden die Rebellion in der Dhofar-Provinz Omans reaktivieren will. Kein Wunder unter diesen Umständen, dass es sogar die Bemühungen seines Erzrivalen Iran, die Insel Masirah als Luftwaffenstützpunkt zu erhalten, unterstützt.

Selbstverständlich bereitet den Saudis auch das Ausbleiben von Fortschritten nach der Friedensinitiative Präsident Sadats grosse Sorge. Man gibt sich zwar Rechenschaft in Riyadh, dass diese Initiative im

Westen zu einem erheblichen Stimmungsumschwung zugunsten des arabischen Standpunktes geführt hat und dass der amerikanische Kongress ohne diesen die F-15 Lieferung an Saudiarabien kaum bewilligt hätte. Aber die Spaltung der arabischen Front, die sich daraus ergab, wird hier besonders schmerzlich empfunden. Mit grosser Besorgnis verzeichnet man auch die zunehmende Gefährdung der Stellung Präsident Sadats, mit Bitternis zudem die chronische Abhängigkeit Aegyptens von massiver finanzieller Unterstützung durch Riyadh. Saudiarabien ist im übrigen durchaus bereit, Sadats Kurs der Mässigung diskret zu unterstützen. In einem Punkt - Ostjerusalem - kann das Königtum allerdings keine Kompromissbereitschaft zeigen, ohne seine Glaubwürdigkeit als Hüter des Islams und seiner heiligen Stätte zu verlieren.

Die wirkliche Schicksalsstunde Saudiarabiens könnte indessen kommen, wenn sowohl der Westen als auch der Ostblock auf eine Beschleunigung des Abbaus seiner Erdölreserven angewiesen sein werden. Erdölminister Yamani liess zwar durchblicken, dass Saudiarabien zu einer Erhöhung der Fördermenge auf 11 Mio. Fass pro Tag - der derzeitigen Höchstkapazität - Hand bieten werde - "if conditions are right". Riyadh wird somit Rechnung stellen, und sie könnte gesalzen sein, insbesondere wenn die Förderung noch über 11 Mio. Fass hinaus erhöht werden müsste, was bedeutende Investitionen erfordern würde. Insbesondere bei der jüngeren Generation besteht eine Meinungsströmung, die nicht nur eine Beschleunigung des Abbaus über das heutige Niveau ableht, sondern für eine Herabsetzung der Förderung eintritt. Der Dollarzerfall ist nicht dazu angetan, dieser Tendenz entgegenzuwirken.

Der Schweizerische Botschafter



(J. Bourgeois)